

ANTRAG

Gremium: Landeskongress Vorarlberg

Beschlussdatum: 22.02.2025

A2NEU: Einrichtung eines queeren Jugendzentrums in Vorarlberg

Antragstext

1 In Vorarlberg gibt es derzeit kein spezifisches Jugendzentrum für queere
2 Jugendliche. Dies führt dazu, dass viele junge Menschen der LGBTQIA+-Community
3 keinen geschützten Raum haben, in dem sie sich frei entfalten, Gleichgesinnte
4 treffen und Unterstützung erhalten können. Ein queeres Jugendzentrum würde
5 einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Akzeptanz, Gleichberechtigung und
6 psychischem Wohlbefinden leisten.

7 Der Landeskongress der JUNOS Vorarlberg möge beschließen:

8 1. Die JUNOS Vorarlberg setzen sich aktiv für die Errichtung eines queeren
9 Jugendzentrums in Vorarlberg ein.

10 2. Das Jugendzentrum soll als sichere Anlaufstelle für queere Jugendliche
11 fungieren, in der Beratung, Aufklärung und Vernetzung angeboten werden.

12 3. Es soll mit bestehenden Organisationen, wie beispielsweise LGBTQIA+-Vereinen,
13 Schulen und der öffentlichen Hand, kooperiert werden, um nachhaltige Strukturen
14 zu schaffen.

15 4. Die Finanzierung des Projekts soll durch Fördermittel des Landes Vorarlberg
16 sowie durch Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und privaten
17 Trägern gesichert werden.

18 5. Die JUNOS Vorarlberg fordern die Landesregierung auf, ein Konzept zur
19 Umsetzung eines queeren Jugendzentrums zu erarbeiten und geeignete
20 Räumlichkeiten bereitzustellen, beziehungsweise einen monetären wie auch
21 strukturellen Rahmen für die einzelnen Gemeinden zur Verfügung zu stellen, damit
22 diese solche Projekte in Eigenregie umsetzen können.

23 6. Stärkung von queeren Themen in den Gemeinde-Jugendzentren, um die Akzeptanz
24 der queeren Community in Vorarlberg zu erhöhen.

25 Begründung: Queere Jugendliche sind häufiger von Diskriminierung, Ausgrenzung
26 und psychischen Belastungen betroffen. Ein Jugendzentrum speziell für diese
27 Zielgruppe würde ihnen einen geschützten Raum bieten, in dem sie sich
28 angenommen und verstanden fühlen. Gleichzeitig könnte es einen wichtigen
29 Beitrag zur Aufklärung und Sensibilisierung der Gesellschaft leisten. Ähnliche
30 Projekte in anderen Bundesländern zeigen bereits positive Effekte, weshalb auch
31 Vorarlberg in diesem Bereich aktiv werden muss.

32 Fazit:

33 Ein queeres Jugendzentrum ist ein notwendiger Schritt, um die Lebensqualität
34 junger LGBTQIA+-Personen in Vorarlberg zu verbessern und ihnen die
35 Unterstützung zu bieten, die sie verdienen. Die JUNOS Vorarlberg setzen sich
36 daher für die rasche Umsetzung dieses Projekts ein.

ANTRAG

Gremium: Landeskongress Vorarlberg

Beschlussdatum: 22.02.2025

A3NEU: Vorarlbergs Gemeinden der Zukunft

Antragstext

1 Unser tagtägliches Leben spielt sich meistens dort ab, wo man auch lebt. Der
2 wöchentliche Einkauf, der gemütliche Spaziergang am Sonntag, der Verein, bei dem
3 man seit Jahren aktiv ist, die örtliche Volksschule, in der die Jüngsten
4 heranwachsen...

5 Während auf Bundesebene richtungsweisende Entscheidungen zu komplexen und
6 globalen Themen getroffen werden, ist es die Gemeindeebene, auf der wir zentrale
7 Entscheidungen über unser konkretes Zusammenleben treffen. Hier kommen Menschen
8 zusammen, die sonst mit Politik nichts am Hut haben: Denn es geht um ihre
9 Heimat, um

10 ihre Gemeinde. Und genau diese wollen wir JUNOS Vorarlberg ins 21. Jahrhundert
11 holen

12 und jungen Menschen zeigen, was ihre Gemeinde alles kann.

13 Den Jungen eine Stimme geben!

14 Jugendlichen fällt es oft schwer, zu verstehen, wie die Politik agiert und was
15 sie für sie

16 persönlich leistet. Daraus formt sich dann oft eine Verdrossenheit gegenüber der
17 Politik.

18 Doch besonders auf Gemeindeebene ist es möglich, aufzuzeigen, was konkret
19 umgesetzt wird. Doch wir glauben nicht, dass das reicht! Um Menschen wirklich
20 abzuholen, müssen diese in die Prozesse eingebunden werden. Das gilt auch für
21 unsere
22 Jugendlichen!

23 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

24 - eine Jugend-Gemeindevertretung in jeder Gemeinde
25 eingesetzt wird. Diese Jugend-Gemeindevertretung sollte aus
26 engagierten Jugendlichen und Mitgliedern der ortsansässigen Vereins- und
27 Schüler:innenvertretungen bestehen. Die Jugend-Gemeindevertretung sollte
28 regelmäßig Sitzungen abhalten, in denen konkrete Anliegen diskutiert und
29 Anträge an die Gemeindevertretung weitergegeben werden. Seitens der
30 Gemeindevertretung soll es ein Sockelbudget geben, über das die Jugend-
31 Gemeindevertretung selbst in seinen Sitzungen entscheiden kann. Darüber
32 hinaus kann sie größere Projekte als Anträge in die Gemeindevertretung
33 einbringen, welche über diese Projekte im zuständigen Ausschuss zu debattieren
34 hat. Ein verpflichtender Bericht ist bei der nächsten Gemeindevertretungssitzung
35 vorzulegen.

36 Junge Vereine fördern! Die unterschiedlichen Vereine in einer Gemeinde sind ein
37 wichtiger Bestandteil der

Ortsidentität. Während sie einen großen kulturellen und gesellschaftlichen Beitrag

leisten, sind diese oft nicht wirtschaftlich orientiert und leben unter anderem von

Mitgliedsbeiträgen und Förderungen seitens der Gemeinde. Aufgrund der genannten

Argumente halten wir die Förderung von Vereinen auch für eine sinnvolle Verwendung

der Gemeindemittel. Jedoch läuft die Vergabe von Fördermitteln oft sehr intransparent

ab. Es sollte nicht darauf ankommen, wen man in der Gemeinde kennt – sondern darauf,

was man als Verein leistet! Weiters sollten die Gemeinden Anreize setzen, dass die

Vereine sich aktiv in der Jugend- und Nachwuchsarbeit engagieren.

Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

- die Förderkriterien einen großen Fokus darauf legen, dass sich die Vereine aktiv in

- der Jugend- und Nachwuchsarbeit engagieren.

- Förderungen anhand objektiver Kriterien vergeben und auch veröffentlicht werden.

No more parties in Vorarlberg!

Wer als junger Mensch das Nachtleben in Vorarlberg erleben musste, weiß, dass hier

dringend Nachhilfebedarf herrscht! Unter der Woche muss man erst einmal ein

62 Lokal

63 finden, dass bis 24 Uhr geöffnet hat - und am Wochenende ist man dank geringer

64 Auswahl an Lokalitäten weiter eingeschränkt! Ein Grund für die geringe Anzahl an

65 Nachtclubs ist die Sperrstundenregelung des Land Vorarlbergs, die die Partyszene
66 stark

67 einschränkt. Diese kann nur durch eine Sondererlaubnis seitens der Gemeinde

68 ausgedehnt werden, die jeweils nur zeitlich befristet ist. Somit sind
69 Betreiberinnen und

70 Betreiber vom guten Willen der Gemeinde abhängig, um ihren Betrieb wahrnehmen zu

71 können.

72 Weiters ist eine gute öffentliche Anbindung vom Partylokal zu sich nach Hause
73 wichtig.

74 So wird einerseits ein ausgiebiges Feiern bis in die Morgenstunden möglich und

75 andererseits wird dadurch die Heimreise für alle Betroffenen sicherer.

76 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

77 - die Gemeinden bei Interesse Sondererlaubnisse an Nachtclubs und Bars

78 ausstellen, sodass diese ihre Öffnungszeiten selber frei wählen können!

79 - das Land und die Gemeinden gemeinsame Lösungen erarbeiten, um Nacht-Öffis

80 (z.B. Ruf-/Nachtbus) dort anbieten zu können, wo diese benötigt werden. Räume für
81 junge Menschen schaffen!

82 In den letzten Jahren mussten wir feststellen, dass die Anzahl an kostenlos und
83 frei

84 zugänglichen Orten für Jugendliche weiter abnimmt. Doch diese stellen –
85 besonders im

86 Jugendalter – einen wichtigen Ausgleich zum eigenen Zuhause dar, von dem man
87 sich in

88 der Pubertät loslösen will. Doch dies muss in einem sicheren und geschützten
89 Rahmen

90 geschehen! Da es in vielen Gemeinden leerstehende öffentliche Gebäude gibt,
91 könnten

92 bspw. diese als Treffpunkt für Jugendliche dienen.

93 Ein weiterer wichtiger Faktor ist dabei die (offene) Jugendarbeit! Sie stellt
94 einen

95 fundamentalen Grundstein in der Begegnung mit Jugendlichen und jungen
96 Erwachsenen

97 dar. Sie fördern nicht nur die Integration Jugendlicher in die restliche
98 Gesellschaft,

99 sondern sind besonders für Jugendliche in schwierigen Lebensbedingungen eine

100 Unterstützung. In diesen Fällen können sie durch ihre Arbeit eine Verbindung zu
101 den

102 betroffenen Jugendlichen aufbauen. So können Jugendarbeiter*innen

103 Problemsituationen erkennen und entweder durch Beratung oder Weitervermittlung
104 an

105 zuständige Organe/Organisationen lösen.

106 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

107 - die (offene) Jugendarbeit in den Gemeinden ausgebaut und gefördert wird.

108 - ungenutzte öffentliche Gebäude oder Flächen für die Einrichtung von
109 Jugendzentren

110 sowie günstigen Veranstaltungsräumen verwendet werden.

111 - Sporteinrichtungen, sofern nicht von Vereinen verwaltet,
112 sollten für die Jugend zugänglich gemacht werden.

113 - öffentliche Graffitiflächen geschaffen werden, bei denen das Sprayen ohne
114 strafrechtliche Folgen und unter Anleitung möglich ist.

115 Lasst die Bagger kommen!

116 Wohnen wird in Vorarlberg immer teurer: Besonders wer sich im Rheintal ansiedeln
117 will,

118 hat mit hohen Kosten zu rechnen. Weil es für die meisten jungen Erwachsenen und
119 Familien mittlerweile sogar unvorstellbar geworden ist, sich ein Grundstück oder
120 Haus

121 bzw. Wohnung zu kaufen, ist das Mieten die einzige Alternative. Ein Hauptgrund
122 dafür ist

123 das fehlende Angebot bei immer stärker werdender Nachfrage.

124 Dadurch, dass Vorarlberg immer mehr wächst, müssen wir mit den vorhandenen
125 Flächen besser wirtschaften. Es kann nicht sein, dass wir unter dem Deckmantel
126 des

127 "Landschaftsbildes" nicht erlauben, dass die begrenzten Freiflächen mehrstöckig
128 bebaut werden. Die Raumplanung muss ein größeres Augenmerk auf einen
129 reduzierten Flächenverbrauch und die optimierte Nutzung vorhandener Flächen
130 legen, um

131 kostengünstigen Wohnraum zu schaffen.

132 Um Wohnraum leistbar zu machen, fordern wir JUNOS, dass...

133 - die Vergabe von gemeinnützigen Wohnungen fair, überregional und auf Basis
134 objektiver Kriterien erfolgen

135 . Außerdem sollte online und anonymisiert einsehbar sein, auf welchem
136 Wartelistenplatz sie stehen und welche Wartezeiten zu erwarten sind.

137 - die Gemeinden es privaten Bauträgern erleichtern soll, effizienten Hochbau zu
138 betreiben. Weiters sollen Gemeinden dies, wenn sinnvoll, bei öffentlichen
139 Bauprojekten selbst umsetzen.

140 Bildungsboost in deiner Gemeinde!

141 Überfüllt Kindergärten und marode Volksschulen: All das ist in Vorarlberg nicht
142 unüblich!

143 Doch besonders an diesen Stellen dürfen die Gemeinden nicht einsparen! Es ist
144 der Ort,

145 an dem wir die nächste Generation aufziehen. Es sind ihre ersten Begegnungen mit
146 unserem Bildungssystem. Wenn ihnen bereits dort vermittelt wird, dass ihre
147 Interessen

148 nicht wertgeschätzt werden, ist das ein katastrophales Zeichen. Schulen und
149 Kindergärten sollten ein Ort sein, den man gerne besucht. Doch dabei geht es um
150 mehr

151 als die ledigliche Infrastruktur! Wir müssen besonders jene Kinder fördern, bei
152 denen

153 sich im Vor –bzw. Grundschulalter aufzeigt, dass sie durch etwaige Hürden nicht

154 dem

155 regulären Lehrplan folgen können. Durch gesonderte Förderung kann sichergestellt

156 werden, dass diese nicht den Anschluss verlieren und sich gehört und verstanden

157 fühlen, was ihre Moral stark beeinflusst.

158 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

159 - sichergestellt wird, dass Schulen und Kindergärten in Gemeindehand in gutem

160 Zustand gehalten werden und regelmäßig begutachtet werden.

161 - die Gemeinden Mittel zur Förderung von Kindern mit Lernschwächen und Kindern

162 mit nicht-deutscher Muttersprache zur Verfügung stellt, um etwaige

163 Wissenslücken möglichst früh aufzufangen.

164 Deine Gemeinde online!Der digitale Fortschritt lässt in vielen Vorarlberger

165 Gemeinden noch zu wünschen übrig.

166 Wer sich beispielsweise darüber informieren möchte, was die Gemeindevertretung

167 derzeit bespricht und beschließt, ist vielerorts noch gezwungen, die Sitzungen

168 der

169 Gemeindevertretung vor Ort zu besuchen. Weiters sind viele Gemeinde-Websites in

170 die

171 Jahre gekommen, bieten zu wenig Informationen und müssten überarbeitet werden.

172 Dies ist für uns in Zeiten der Digitalisierung unhaltbar.

173 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

174 - die Vorarlberger Gemeinden dazu verpflichtet werden, einen Livestream und ein

175 Re-Live ihrer Gemeindevertretungssitzungen online anzubieten.

176 - die Gemeinden ihren Auftritt in den sozialen Medien und auf ihrer Website in
177 regelmäßigen Abständen evaluieren und diesen aktuell und zeitgemäß halten

178 - die Arbeit des Gemeindevorstands transparent auf den sozialen Medien
179 kommuniziert wird.

180
181 - Partei- und Ämterkommunikation (z.B. Bürgermeister) sind strikt voneinander zu
182 trennen.

183 Finanzen nachhaltig denken!

184 Die Vorarlberger Gemeinden haben im Länderschnitt die höchste Pro-Kopf-
185 Verschuldung Österreichs vorzuzeigen! Mehrere Jahrzehnte lang wurde in den
186 Gemeinden fatal gewirtschaftet. Von Schulneubauten, die so viel kosten, dass man
187 vorhandene Schulen nicht einmal mehr sanieren kann. Von "Denkmälern" , die sich
188 Bürgermeister ohne Rücksicht auf Kosten und Nutzen errichten lassen. Von
189 Kindergärten, die so gebaut werden, dass eine Erweiterung unmöglich ist. All das
190 zeigt

191 eine Grundhaltung auf, die wir für nicht tragbar halten. Auch bei der
192 Budgetplanung ist

193 der Blick in die Zukunft entscheidend! Denn es kann nicht mehr sein, dass Geld
194 ausgegeben wird, als wäre es überschüssig, während man immer neue Schulden
195 aufnehmen muss!

196 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

197 - bei der Budgetplanung eine Priorisierung für Ausgaben im Bildungsbereich

198 stattfindet.

199 - jede Gemeinde mittel –und langfristig anstreben muss, ihre Schulden

200 abzubauen, um ein gesundes Budget an die nächste Generation zu übergeben.

ANTRAG

Gremium: Landeskongress Vorarlberg

Beschlussdatum: 22.02.2025

A4NEU: Schluss mit der Scheinheiligkeit: Sexarbeit in Vorarlberg reformieren

Antragstext

Vorarlberg hat die strengste Prostitutionsregelung in ganz Österreich, aber was genau bedeutet das?

Vorarlberg hat vor 50 Jahren ein Prostitutionsverbot eingeführt und die Sexarbeit somit nur in Bordellen erlaubt. Die Rahmenbedingungen für die Bewilligung eines Bordells wurden im Jahre 1975 im Sittenpolizeigesetz unter dem Absatz "Gewerbliche Unzucht" festgehalten. Damals ging es darum, die Prostitution von der Straße in die Bordelle zu verlagern.

Man wolle die "Geistige Umweltverschmutzung" eindämmen, hieß es damals von der ÖVP.

Aber Bordelle gibt es in Vorarlberg nicht - zumindest nicht offiziell.

Ganz nach dem Motto "O du subres Ländle, do isch alles khörig."

Problematik

In Vorarlberg steht die Eröffnung eines Bordells nicht nur vor bürokratischen Hürden, sondern auch vor sozialen Herausforderungen. Die Genehmigung für ein Bordell wird nicht vom Land, sondern vom Bürgermeister der jeweiligen Gemeinde erteilt. Dies ist problematisch: Zum einen kann der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin dadurch in eine politische Drucksituation geraten; zum anderen ist auch der Antragstellende in der Regel in der Gemeinde bekannt und kann dadurch sozialem Druck und Anfeindungen ausgesetzt sein.

Darüber hinaus ist Prostitution im Land derzeit nur Frauen erlaubt. Diese Regelung ist nicht mehr zeitgemäß und widerspricht dem Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau. Österreichweit gibt es lediglich ein offiziell registriertes Bordell, in dem ausschließlich Männer tätig sind – in Vorarlberg jedoch ist dies grundsätzlich untersagt.

Das Fehlen legaler Bordelle bedeutet jedoch nicht, dass es keine Sexarbeit gibt. Schätzungen zufolge gibt es in Vorarlberg derzeit zwischen 70 und 110 illegale Bordelle oder Einzelpersonen, die Sexarbeit anbieten. Viele, die ein legales Angebot bevorzugen, weichen auf die Schweiz aus, etwa nach Au, wo es fünf Bordelle und zwei Tankstellen auf 4.000 Einwohner gibt.

Dies führt nicht nur zu Steuerausfällen für das Land Vorarlberg, sondern auch zu einem Verlust an Kontrolle über die Arbeits- und Sicherheitsbedingungen in den illegalen Einrichtungen im Land.

Deshalb fordern wir JUNOS VORARLBERG:

Überarbeitung des Sittenpolizeigesetzes

Die Gesetzgebung des Landes Vorarlberg bedarf einer Modernisierung, um den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Viele Bestimmungen des Sittenpolizeigesetzes sind veraltet und nicht mehr zeitgemäß.

Ein Beispiel hierfür ist § 11, Absatz 1:

"Ankündigungen und Werbeanlagen jeder Art, einschließlich Schaukästen und Beleuchtungen, die auf die Nutzung eines Gebäudes zum Zweck gewerbsmäßiger Unzucht hinweisen, sind verboten."

Ein pauschales Verbot, Werbung für ein Unternehmen zu machen, ist nicht gerechtfertigt. Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, Bordellen Werbemaßnahmen zu untersagen. Jedoch sollen jegliche Werbemaßnahmen dem Ortsbild angemessen und dem Jugendschutz entsprechen.

Legalisierung der Sexarbeit für Männer

Wir JUNOS Vorarlberg setzen uns für die Legalisierung der Sexarbeit für Männer ab 19 Jahren ein.

Es gibt keine wissenschaftlich fundierten Gründe, warum Männern der Zugang zur

Prostitution untersagt sein sollte. Die Einhaltung hygienischer Standards und regelmäßige Tests auf Geschlechtskrankheiten können auch hier gewährleistet werden.

Vorarlberg soll anerkennen, dass es unterschiedliche sexuelle Orientierungen gibt und dass auch Frauen die Möglichkeit haben sollen, entsprechende Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

Abhängigkeitsverhältnisse reduzieren

Wir JUNOS Vorarlberg setzen uns für die Reduktion von Abhängigkeitsverhältnissen in der Sexarbeit ein. Bordell- und Studiobetreiber:innen sollen nicht in der Lage sein, über die von den Sexarbeitenden angebotenen Sexdienstleistungen und deren Preise zu bestimmen. Weiters sprechen wir uns gegen ein Angestelltenverhältnis in der Sexarbeit aus, da die sexuelle Selbstbestimmung der Sexarbeitenden durch derartige Weisungsgebundenheiten beschränkt wird.

Anträge für Bordelle zur Landeskompentenz machen

Derzeit müssen Anträge in den jeweiligen Gemeinden eingereicht werden, was mehrere Herausforderungen mit sich bringt. Zum einen führt dies dazu, dass Entscheidungen – ähnlich wie bei der Regelung der Sperrstunden – stark von der persönlichen Meinung des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin abhängen. Zum anderen besteht die Gefahr, dass die Sorge um Wahlergebnisse die Objektivität beeinflusst.

Daher setzen wir uns dafür ein, die Bearbeitung dieser Anträge auf Landesebene zu verlagern und durch unabhängige Expertinnen und Experten durchführen zu lassen. Dadurch kann die Objektivität sichergestellt und eine sachliche, parteiunabhängige Entscheidungsfindung gewährleistet werden.

Bürokratie-Monster bekämpfen

In Vorarlberg ist die Eröffnung eines Bordells mit umfangreichen bürokratischen Hürden verbunden. Bereits bei der Standortwahl können erste Schwierigkeiten auftreten, da das Sittenpolizeigesetz vorschreibt, dass das Gebäude nicht in der Nähe bestimmter Einrichtungen wie Kirchen, Friedhöfe oder Wohngebiete liegen darf.

Nach der schriftlichen Einreichung des Antrags in dreifacher Ausführung erfolgt eine Prüfung. Wenn der Antrag die formalen Anforderungen erfüllt, ist zusätzlich eine verpflichtende persönliche Antragstellung erforderlich, bei der die Eignung

des Antragstellers oder der Antragstellerin bewertet wird. Selbst nach Erhalt der Genehmigung kann die Behörde diese auf einen bestimmten Zeitraum beschränken.

Zusätzliche Steuereinnahmen investieren

Durch die illegale Betreibung von Bordellen oder die Verlagerung der Nachfrage ins Ausland entgehen dem Land Vorarlberg erhebliche Steuereinnahmen. Eine Vereinfachung der Bedingungen für die legale Eröffnung von Bordellen würde es ermöglichen, diese Steuereinnahmen im Land zu halten. Diese zusätzlichen Mittel könnten gezielt in die sexuelle Bildung sowie in Maßnahmen zur Unterstützung und Sicherheit von Sexarbeitenden investiert werden, was eine sinnvolle und zweckgebundene Verwendung der neuen Steuergelder sicherstellt. Die Prostitutionslokale sollen einer strengen steuerrechtlichen Kontrolle unterliegen.

Abschließend lassen sich drei zentrale Ziele durch die erleichterte Genehmigung von Bordellen definieren:

Erstens kann die illegale Prostitution durch die Etablierung offiziell genehmigter Bordelle reduziert werden, wodurch ein höheres Maß an Hygienestandards und ein verbesserter Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten gewährleistet wird.

Zweitens bietet eine legale Beschäftigung Sexarbeitenden besseren Schutz vor Ausbeutung und Missbrauch.

Drittens können zusätzliche Steuereinnahmen gezielt in Programme zur sexuellen Aufklärung und in Maßnahmen zur Unterstützung von Sexarbeitenden investiert werden.